

SVP sammelt über 4000 Unterschriften gegen «Versumpfung» von Ackerland

Mehr Weinländer Nahrungsmittel Allein im Weinland will der Kanton 100 Hektaren Land in Sumpfbereiche zurückverwandeln. Damit soll die Artenvielfalt erhöht werden. Bauern wehren sich dagegen.

Markus Brupbacher

Presstertin auf dem Acker: Die Weinländer SVP hat am Mittwochmorgen zur Medienkonferenz nach Benken geladen. Die Hauptdarstellerin – die schwarze Erde – liegt verborgen unter einer weissen Schicht aus Schnee. Sie bildete sich in einem Moor, das nach der letzten Eiszeit entstand. Um den sehr fruchtbaren Boden landwirtschaftlich zu nutzen, wurde das Sumpfbereich mit Gräben und Leitungen entwässert. Doch nun will der Kanton Zürich bei Benken rund 20 Hektaren Ackerland in ein Feuchtgebiet zurückverwandeln, damit sich dort wieder seltene Tier- und Pflanzenarten ansiedeln.

Um die Artenvielfalt zu fördern, sollen im Weinland gut 100 und im ganzen Kanton etwa 1300 Hektaren ehemalige Moorgebiete wieder der Vernässung überlassen werden. Dagegen wehrt sich die Weinländer SVP mit der Petition «Stopp Ver-

sumpfung-Aktion». Über 4000 Personen hätten das Anliegen bis jetzt unterzeichnet, sagt SVP-Kantonsrat Paul Mayer an der Medienkonferenz. Das Weinland hat rund 32'000 Einwohnerinnen und Einwohner. Der Marthaler Unternehmer kandidiert am 12. Februar erneut fürs Kantonsparlament, zusammen mit Andrina Trachsel (Feuerthalen), Matthias Stutz (Marthalen) und Stefan Stutz (Trüllikon).

«Wir lagern das Problem aus»

Die SVP will nicht, dass wertvolles Ackerland geopfert wird. Sie gewichtet die Sicherheit der Versorgung mit inländischen Nahrungsmitteln höher als die Biodiversität. Gerade der Krieg in der Ukraine zeige, so Mayer, wie wichtig die Ernährungssicherheit sei. Der Selbstversorgungsgrad liege in der Schweiz bei etwa 50 Prozent.

Seine Partei sei nicht gegen Naturschutz, aber es brauche mehr Zeit dafür. Als Beispiel



Die Weinländer SVP lud am Mittwoch zur Medienkonferenz nach Benken. Dort sollen 20 Hektaren ehemaliges Moorgebiet wieder vernässt werden. Foto: Markus Brupbacher

nannte er laufende Züchtungen von Pflanzen, die weniger Pflanzenschutzmittel benötigen. «Das Anlegen von Feuchtgebieten muss mit Augenmass gesche-

hen auf Flächen, die sich dafür eignen, und nicht auf Kosten der Produktion von Nahrungsmitteln», so Mayer. Deshalb sollen auch die Entwässerungsleitun-

gen weiterhin unterhalten werden. «Wir machen hier Blüemliwiesen, müssen dann aber Nahrungsmittel aus dem Ausland importieren», sagte Stefan Stutz. Würden diese nicht im Inland angebaut, brauche es einfach mehr Ackerland im Ausland. «So lagern wir das Problem einfach aus.» Auch Elmar Hüppi von der IG Pro Kulturland war an der Benkemer Medienkonferenz. Landwirte wie ihn habe es «sehr gestört», dass der Kanton die betroffenen Ackerflächen «über unsere Köpfe hinweg» festgelegt habe.

Zudem basiere diese Festlegung auf einem Naturschutzkonzept von 1995, das dann erst mal in der Schublade verschwunden sei. Der ökologische Leistungsnachweis (ÖLN) als Basis für Direktzahlungen an die Bauern kam erst später. Dabei wurden ökologische Flächen für die Artenvielfalt bestimmt. Seit dem ÖLN, so Hüppi, hätten die Landwirte viel für die Natur geleistet, was aber nie wirklich berücksichtigt worden sei. «Wir waren

nicht untätig.» Ist es in Ordnung, im Inland die Ackerfläche zugunsten des Naturschutzes «fürs gute Gewissen» zu reduzieren und gleichzeitig mit dem starken Franken im Ausland die fehlenden Nahrungsmittel einzukaufen – auch dort, wo Hunger herrscht? Hüppi warf diese «moralische Frage» auf. Die Petition der SVP sei wichtig, um politischen Druck zu erzeugen. Zu Beginn habe der Kanton gar nicht mit der IG Pro Kulturland reden wollen, mittlerweile tue er das immerhin.

Die betroffenen Landwirte könnten sich ja für die Ertragsausfälle und den Wertverlust ihres Bodens entschädigen lassen: Gegen dieses Argument stellte sich Andrina Trachsel. Denn die Landwirte wollten nicht noch mehr vom Staat abhängig sein. Ein Benkemer Bauer sagte an der Medienkonferenz, dass alle Landwirte hier von der geplanten Versumpfung betroffen seien, zwischen sechs bis acht Hektaren pro Betrieb. «Das ist existenzbedrohend.»

Büsi statt Beamte in der ehemaligen Verwaltung

Neues Katzenheim in Bertschikon Seit rund einem Monat bewohnen Katzen die Verwaltung der ehemaligen Gemeinde Bertschikon. Es ist das Ende einer Odyssee für den Tierschutzverein.

Seit rund einem Monat klettern im ehemaligen Verwaltungsgebäude der Gemeinde Bertschikon Büsi herum. Der Tierschutzverein Winterthur und Umgebung hat die Räumlichkeiten in den letzten Monaten zum Katzenheim umgebaut. Um Kosten zu sparen, setzte der Verein beim Bau der Aussengehege auf Freiwillige, sagt Erick Bonnard, Präsident des Tierschutzvereins. Unter anderem deshalb habe der Umbau etwas länger gedauert als ursprünglich geplant. Insgesamt sind mittlerweile zehn Jahre vergangen, seit der Verein sein Tierheim im Winterthurer Weiler Ricketwil aufgeben musste. Das Katzenheim in Bertschikon ist also das Ende einer Odyssee.

Weil die definitive Betriebsbewilligung des kantonalen Veterinäramts aber noch aussteht, darf das Tierheim derzeit nicht mehr als fünf Katzen beherbergen. «Weniger Tiere zu Beginn sind aber nicht schlecht, bis sich unsere Prozesse eingespielt haben», sagt Bonnard. Im Maximum haben im Tierheim etwas mehr als 20 Katzen Platz, je nach Harmonie unter den verschiedenen Vierbeinern. Der Verein hat zwei Tierpflegerinnen angestellt, die sich vor Ort eine Vollzeitstelle teilen. Zwei Aushilfen mit einer entsprechenden Ausbildung sowie Freiwillige unterstützen sie.

Vorläufig nur Katzen – aus finanziellen Gründen

Im neuen Katzenheim landen beispielsweise heimatlose Stubentiger. «Ein solcher war bereits bei uns, den Besitzer konnten wir nun aber ausfindig machen.» Aber auch Katzen von Verstorbe-



Erick Bonnard, Präsident des Tierschutzvereins Winterthur und Umgebung, kümmert sich um einen der ersten Bewohner im neuen Katzenheim in Bertschikon. Foto: Enzo Lopardo

nen oder Menschen, die sich nicht mehr um sie kümmern können, landen in Bertschikon. Oder Katzen, deren Besitzer sich getrennt oder die Wohnung gewechselt haben. «Doch wir fin-

den glücklicherweise immer jemand, der sich in eine Katze verliebt», sagt Bonnard. Interessiert sich jemand für ein Büsi, stellt das Tierheim sicher, dass das neue Zuhause den Katzen auch

gerecht wird: «Sonst landen die Tiere rasch wieder bei uns im Heim.»

Auf die Betreuung anderer Tiere als Katzen hat der Verein aus finanziellen Gründen ver-

zichtet. «Nagetiere benötigen viel Aufwand, und wir hätten dazu eine weitere Person anstellen müssen», sagt Bonnard. Vielleicht sei das ein Angebot für die Zukunft. Die Igelstation hatte der

Verein bereits im April 2020 aufgelöst, nachdem ehemalige Angestellte ein eigenes Angebot gegründet hatten.

Jonas Gabrieli